



## Steigende Konzentration der Asylbewerber in einigen EU-Ländern

Steigende Konzentration der Asylbewerber in einigen EU-Ländern  
DIW-Studie untersucht die Verteilung der Flüchtlinge nach Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung - Integration in den Arbeitsmarkt eine große Herausforderung  
Die Flüchtlinge, die derzeit verstärkt in die Europäische Union kommen, sind sehr ungleich auf die einzelnen Mitgliedsstaaten verteilt. Die Mehrzahl der Staaten nimmt weniger Asylbewerber auf, als nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft angemessen wäre. In der ersten Jahreshälfte hat Deutschland - gemessen an seiner Einwohnerzahl - fast dreimal so viele und - gemessen an seiner Wirtschaftskraft - fast doppelt so viele Asylsuchende aufgenommen, wie es bei einer gleichmäßigen Verteilung auf alle EU-Staaten der Fall gewesen wäre. Die Integration der anerkannten Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt gestaltet sich allerdings schwierig. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). "Es ist dringend erforderlich, dass sich die EU-Staaten auf eine gleichmäßigere und somit gerechtere Verteilung der Flüchtlinge einigen", sagt DIW-Arbeitsmarktexperte Karl Brenke. Aufgrund der restriktiven Asylpolitik einiger Staaten dürfte die regionale Konzentration der Flüchtlinge weiter zunehmen.  
Ungleiche Verteilung der Asylsuchenden nach Einwohnerzahl  
Brenke hat die Entwicklung der Asylsuche in der EU anhand von Daten des statistischen Amtes der EU (Eurostat), des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Bundesagentur für Arbeit untersucht. Betrachtet man die jüngste, etwa 2010 einsetzende Wanderungswelle und insbesondere das erste Halbjahr 2015, dann haben bezogen auf die Einwohnerzahl vor allem Deutschland, Österreich, Schweden und Ungarn - wenn man einmal von der akuten Situation dort absieht - sehr viel mehr Asylbewerber als bei einer Gleichverteilung aufgenommen. Dagegen nahmen fast alle osteuropäischen und die meisten südeuropäischen Staaten (Italien, Spanien, Portugal) relativ wenig Asylsuchende auf. Das gilt auch für einige große Länder wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich. In Dänemark und den Niederlanden sind die Asylbewerberzahlen infolge einer restriktiven Asylpolitik im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen.  
? und nach Wirtschaftskraft  
Misst man die Verteilung der Asylsuchenden an der Wirtschaftsleistung - dem Bruttoinlandsprodukt - der einzelnen Länder, ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch in dieser Hinsicht nehmen die großen Staaten Frankreich, Italien und Spanien und fast alle osteuropäischen Länder relativ wenige Flüchtlinge auf. Auf Deutschland, Schweden, Österreich und Zypern entfielen dagegen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres doppelt so viele Asylbewerber, wie es bei einer gleichmäßigen Verteilung nach Wirtschaftskraft hätte sein müssen. Noch höhere Werte weisen Malta und Ungarn aus. Feststellen lässt sich zudem, dass Netzwerkeffekte wirksam sind: Asylsuchende einer bestimmten Nationalität wandern bevorzugt dorthin, wo Landsleute vor ihnen schon hingegangen sind.  
Starke Abhängigkeit von Transfers  
Die anerkannten Flüchtlinge haben erhebliche Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Bei den Personen aus den wichtigsten Flüchtlingsstaaten hat zwar die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen, die Zahl der Arbeitslosen - ausgehend von einem niedrigen Niveau - aber noch mehr. So gibt es unter den in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlingen aus Syrien inzwischen mehr Arbeitslose als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Nur wenig besser ist diese Relation bei den Flüchtlingen aus dem Irak, Afghanistan, Somalia und Eritrea. Eine stark wachsende Zahl von Flüchtlingen bezieht Hartz IV. "Man kann aber davon ausgehen, dass umso weniger anerkannte Asylbewerber arbeitslos sein werden, je besser sie sich an die Verhältnisse in Deutschland angepasst haben, insbesondere die deutsche Sprache gut erlernt haben", sagt Brenke. Deshalb sei es wichtig, sie beim schnellen Erlernen der deutschen Sprache besser zu unterstützen, denn unzureichende Sprachkenntnisse seien eine große Hürde bei der erfolgreichen Jobsuche.  
Pressestelle DIW  
Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Telefon +49-30-897 89-252, -249 oder -250  
Mobil +49-174-319-3131 oder +49-162-105-2159  
presse@diw.de  
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)  
Monika Wimmer  
Telefon +49-30-89789-251  
Mail: mwimmer@diw.de  
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_596464" width="1" height="1">

### Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

### Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.